Düsseldorfer Zeitung.

№ 211. Sonntag den 1. August. 1847.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (ein kirchlich-konservatives Blatt; Schließung der medizinisch-chirurgischen Lehranstalten; Cobden). Unna (v. Bodelschwingh). Wesel (Brandstiftung; polizeiliche Uebergriffe). München (der Zweikampf). Aus dem Würtembergischen (Täuschungen). Mannheim (Moras). Heidelberg (der Konstitutionalismus und die preuß. Monarchie). Mainz (Abgeordneten-Fest). Aus dem Großherzogthum Hessen (das Spiel in Wilhelmsbad).
Oestreich. Wien (Hinrichtungen).
Rußland und Polen. Petersburg (Graf Benkendorf). Von der poln. Gränze (die preuß. Ostbahn und die russ. Westbahn).
Frankreich. Paris (die Angelegenheit der Minen in Algerien; die Einfuhr von Lebensmitteln; die Julifeste).
Großbrittanien. London (der Eigenthümer der Times; erster Tag der Wahlen).
Spanien. Madrid (Wahlen im moderirten Sinne).
Italien. Rom (Volksgährung; Minardi; Tagsbefehl an die Carabinieri; Zuschrift derselben an das Volk).
Schweiz. (Konsequenzen des letzten Tagsatzungsbeschlusses). Waadt (der patriotische Verein). Bern (Ochsenbein).
Amerika. Neuyork (Gerüchte von Friedensanerbietungen Seiten Mexiko's).

Deutschland.

Berlin, vom 19. Juli. An die lange Reihe von Folgen, die aus der Richtung des ersten Vereinigten Landtags hervorgingen, knüpft sich auch der Plan zur Gründung eines schwergerüsteten Organs zum Kampfe für religiöse und politische Grundsätze im streng conservativen Sinne. Es war in auswärtigen Blättern schon andeutungsweise hievon die Rede, ohne daß die Leser etwas Näheres über die Entstehung des Planes und über das jetzige Stadium des Versuches seiner Ausführung erfuhren, und wir erlauben uns daher, Ihnen die Mittheilung dessen zu machen, was wir aus achtbarer Quelle geschöpft haben. Der Plan besteht darin, eine von der Regierung unabhängige Zeitung für den christlichen Staat herauszugeben, d. h. eine Zeitung, in welcher weniger mit als zur Unterstützung der herrschenden Gewalt einflußreiche Männer zum Schutz und Trutz für die orthodox-kirchliche Richtung zusammentreten und, wie sich das von selbst ergibt, die Politik des Erhaltens mit Kraft vertreten. Diese christliche Staatszeitung sollte schon vor längerer Zeit ans Licht treten, aber beim Mangel eines besonders drängenden Bedürfnisses fehlte auch die Entschiedenheit der Ausführung; erst durch den Gang der Ereignisse auf dem Landtage, wo die Grundsätze der Unternehmer so vielseitig angegriffen wurden, erst da, wo die Blüthe der Vertreter jener Richtung hier beisammen war, dachte man alles Ernstes daran, das Werk in Angriff zu nehmen, was um so nothwendiger erschien, als keine deutsche Zeitung von Ansehen diese Richtung verfolgt. Die Männer, die sich zur Herausgabe eines eigenen Organs verabredet haben, gehören zum Theil der höheren Gesellschaft an, sind alle für ihre Sache freigebig, und haben ungewöhnliche Mittel für die Förderung ihres Zwecks in Bereitschaft, dennoch sollen alle Verhandlungen vorläufig ruhen aus Mangel an einem geeigneten Redacteur, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Sache überhaupt zu Stande kommt. (A. Z.)

† **Berlin**, vom 28. Juli. Aus guter Quelle können wir mittheilen, daß die Verfügung zur allmäligen Schließung der medizinisch-chirurgischen Lehranstalten in den Provinzen bereits erfolgt ist. Diese Maßregel scheint uns der wichtigste Schritt zu seyn, womit die Reform des allgemeinen Medizinalwesens im preußischen Staate begonnen werden kann. Die daraus entstehende Verhinderung der ferneren Bildung unvollkommener Aerzte wird nicht nur der Ueberschwemmung des Staates mit Aerzten Einhalt thun, sondern auch, mittelst des nunmehrigen Entfernthaltens der Beeinträchtigungen der Rechte unserer gebildeten promovirten Aerzte durch jene, den Doktoren der Medizin und Chirurgie eine sicherere Existenz endlich bereiten, als es bisher möglich war, indem ihnen nun auch der Zutritt zur Armee eine ihrer Bildung entsprechendere Stellung gewährt. Die Armee wird demzufolge über kurz oder lang in allen Chargen gebildete Aerzte aufzuweisen haben, denn es versiegt nun die Quelle, woraus der Compagnie-Chirurgenstand bisher komplet gehalten wurde. Das medizinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelms-Institut dürfte dann auch wegen der geringen Zahl von Aerzten, welche es fortan nur noch ausbilden kann, als eine ohnmächtige Anstalt erscheinen, die ihre Prärogative, den medizinischen Fakultäten gegenüber, bald aufgeben muß. Ueber das Schicksal dieser Anstalt ist man noch nicht einig.

Daß eine neue politische Zeitung hier bald erscheinen wird, bestätigt sich vollkommen. Tüchtige Beamte, die sich schmeicheln, der liberalen Partei anzugehören, werden die Mitarbeiter derselben seyn. Die fortschreitende Entwickelung einer Regierungs-Verfassung will sich die Redaktion derselben zu ihrer Hauptaufgabe machen. Wie es heißt, wird diese Zeitung ganz unabhängig von der Regierung seyn und im Sinne wie das Journal des Debats und die Times redigirt werden.

Das berühmte englische Parlamentsmitglied Cobden, dessen Handelspolitik so viel Anerkennung findet, ist mit seiner Gemahlin hier eingetroffen und gedenkt einige Zeit unter uns zuzubringen, um auch hier einflußreiche Männer für sein freies Handelssystem zu gewinnen. (S. d. gestr. Z.)

Unna, vom 29. Juli. Am 26. d. kam Se. Excellenz der geheime Staatsminister v. Bodelschwingh bei seiner Frau Mutter auf Haus Heyde an, wo er vierzehn Tage, wie es heißt, verweilen wird. Abends wurde von der Liedertafel zu Unna dem hochverdienten Staatsmanne ein Ständchen gebracht. Gestern war der Minister und sein Bruder, der Herr Präsident v. Bodelschwingh aus Münster, zu der silbernen Hochzeit des Königlichen Kammerherrn Freiherrn v. Plettenberg auf Heeren, wo sämmtliche Glieder der großen Familien v. Plettenberg und v. Bodelschwingh vereinigt waren. (W. M.)

Wesel, vom 28. Juli. Gestern brachte die Gensd'armerie mehrere Knaben gefesselt zur Stadt, welche zu ihrem Vergnügen, wie man glaubt, ein Feuer im Demmerwalde angezündet haben. Der Brand hat so bedeutend um sich gegriffen, daß man den Schaden jetzt schon auf 80,000 Thlr. anschlägt, und noch ist das Feuer nichts weniger als gelöscht. Man fürchtet sogar, daß der Brand sich auch über den weseler Wald verbreiten werde. Die Aecker, welche zwischen den beiden Wäldern sich ausdehnen, haben nicht allein bedeutend gelitten durch die Hitze, sondern sie leiden noch viel mehr durch das aus dem Demmerwalde flüchtende Wild, welches in demselben auf eine unverantwortliche Weise gehegt wird. Einer der Besitzer dieser Grundstücke hat bereits eine Entschädigungsklage gegen Wildschaden eingelegt, und wir werden wohl bald ein Urtheil zu seinen Gunsten erlassen sehen.

Es erlaubten sich unsere Polizei-Subaltern-Beamten in diesen Tagen Uebergriffe, die gerügt werden müssen. Während des Exerzirens der Bürger-Schützen äußerte ein unter den Zuschauern sich befindender Soldat, es sey ihm seine ganze Baarschaft aus der Tasche entwendet worden, und alsbald wurden zwei in der Nähe stehende Frauenzimmer, welche man in Verdacht des Diebstahles hatte, von der flugs herbeigeeilten Polizei stante pede verhaftet und in die Mitte des Schützenplatzes geführt. Hier begann dieselbe eine Visitation, die mit der Moral in grellem Widerspruche steht und allgemein gemißbilligt ward. Als sich jedoch das Gesuchte noch nicht vorfinden wollte, transportirte man die Delinquentinnen in ein benachbartes Häuschen, woselbst eine um so genauere Untersuchung Statt gefunden haben soll. Warum führte man diese Frauenzimmer, die späterhin für unschuldig befunden wurden, nicht gleich und zwar auf möglichst zarte Weise in jene Wohnung? Trägt nicht jeder Mensch, selbst der ärmste, mehr oder weniger Ehrgefühl in seinem Busen, das ihn, schonungslos verletzt, zum Aergsten führen kann? (K. Z.)

München, vom 26. Juli. Die „Münchener politische Ztg." schreibt: So tiefes Bedauern der unselige Ausgang eines Zweikampfs hier erregt hat, in Folge dessen einer der Senioren der neubegründeten „Isaria" todt geblieben, so möchten doch die Urtheile, welche hier und da gegen die Nützlichkeit der Verbindungen verlauten, zu weit gehen. Die kräftigsten Maßnahmen Seitens der betreffenden Behörden, neues Unglück, so viel menschenmöglich zu verhüten, werden gewiß nicht ausbleiben, ohne die akademischen Associationen zu alteriren.

Aus dem Würtemberg'schen, Ende Juli. Im Stuttgarter „Beobachter" wird bemerkt: „Täusche man sich doch ja nicht über das segensreiche Jahr und seine Folgen. Der Mittelmann bekommt zwar wieder eine leidliche Existenz, er darf zwar nicht darben, aber geholfen ist ihm keineswegs. Zu dem Umstand, daß er bereits verschuldet ist, kommt noch der weitere, daß nach vollbrachter Einheimsung des Segens des Feldes Alles auf ihn hereinstürmen wird, denn neben den Schulden für vorausgegessenes Brod sind Steuern, Zehntgelder, Rechnungen aller Art, namentlich aber Zinsen im Rückstand, und schon stehen die großen und kleinen Kapitalisten auf der Lauer, nicht allein die Zinsrückstände einzuklagen, sondern namentlich die meisten ihrer Kapitale zu kündigen oder statt 4, 4½ und 4½ pCt. jetzt 5 pCt. und auch mehr zu verlangen. Ich sehe die traurige Zeit kommen, wo ein Bogen für die Donnerstags-Beilage des Schwäb. Merkurs nicht mehr ausreichen und mancher Kapitalist zum unfreiwilligen Güterbesitzer werden dürfte, und ich würde es für unrecht halten, diesen Zustand zu verschweigen, oder, was noch verwerflicher wäre, ihn zu übertünchen, denn nichts hat nach meiner Ansicht dem Lande mehr geschadet, als die in dem letzten Jahrzehnt versuchte Ueberkleisterung der Wahrheit und jener geheuchelte Wohlstand, der nicht vorhanden war. Wenn neben der kräftigsten Aushülfe, namentlich der kleinen Gewerbe, nicht zugleich der täglich steigende Luxus aller Stände beschränkt, wenn nicht bald dafür gesorgt wird, daß — statt immer nur hinaus — auch Geld ins Land hereingeschafft wird, dann kann sich der ganze Mittelstand zur Auswanderung rüsten."

Mannheim, vom 29. Juli. Der nach Basel geflüchtete Theobald Moras tritt in mehreren Blättern in einer Erklärung gegen mehrere Angaben der Augsburger Allgem. Ztg. auf; besonders erklärt er die Angabe des letzteren Blattes, Heinzen habe zuerst die Mutter (die verstorbene Schwester von Moras, Frau Rittmeister Schiller), sodann die Tochter (Frau Heinzen geborne Schiller) geheirathet, als eine „nichtsnutzige Verläumdung" ꝛc.

Heidelberg, vom 28. Juni. (Schluß des gestern abgebrochenen Artikels, das konstitutionelle Prinzip und die preußische Monarchie betreffend.)

Der vielen Worte einfacher Sinn ist: Wir halten den Konstitutionalismus nicht für eine allein seligmachende, sondern für die normale Staatsform in den Entwickelungen der Völker *dieses* Welttheils in *dieser* Zeit. Wir halten nicht Eine bestimmte konstitutionelle Form für die allein richtige, sondern glauben, daß in jeder, die das Prinzip nicht wesentlich verletzt, ein Volk Alles finden kann, was es werth ist, und was nach seiner Naturart sein Glück begründen und seine Entwickelung fördern kann. Was ist aber das konstitutionelle Prinzip? Die Pr. Z. zieht eine Definition aus einigen Sätzen unserer ersten Nummer, die freilich nicht so gemeint waren; wir wollen noch ungekünstelter die möglichst einfache Antwort auf die Frage auf einen einzigen, auf den vagsten jener Sätze zurückbringen: Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung. Damit müßte, nach dem vorliegenden Artikel, die Pr. Z. selbst übereinkommen. Sie stimmt nicht in den absurden Ton jener politischen Obskuranten, die noch aus dem konstitutionell gewordenen Preußen heraus gegen alle Konstitution deklamiren; sie erklärt, sie sey nicht feindlich gegen die konstitutionellen Prinzipien; sie will mit uns Nichts wissen von den alten ständischen Rechten der einzelnen Provinzen und folglich doch wohl auch Nichts von einer Partikularvertretung ohne das Gegengewicht einer Vertretung des Volksganzen; sie gesteht ein, daß die konstitutionellen Grundgesetze auf die Staatsgröße von England eingewirkt haben, eine Anerkennung, die das Höchste ausdrückt; denn auf die politische Entwickelung jedes Volkes haben immer *jene* Gesetze den direktesten Einfluß, die der direkteste Ausfluß des Volkswillens und Charakters, also der Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung sind. Wenn wir so im Prinzip einig wären, so sollten wir es auch in der Anwendung seyn. Der preußische Staat ist im Uebergang in die konstitutionellen Formen begriffen, darum der Jubel seiner freisinnigen Freunde; er wagt aber nicht, das Prinzip mit einem runden Entschlusse zu ergreifen, darum die Verstimmung seiner eigenen Vertreter. Der Thron hat 1815 die Konstitution in Aussicht gestellt; er hat 1820 ein wesentliches prinzipielles Recht gegeben, aber ohne eine ausübende Versammlung anzuordnen; er hat jetzt diese Versammlung angeordnet, aber indem er ihr ein wesentliches Stück jenes prinzipiellen Rechtes wieder entzog. Und er hat dies Alles gethan, einseitig, ohne das Volk zu befragen. Das heißt, er hat das Wesen des Wesens alles Konstitutionalismus, er hat das Prinzip in seinem Kerne verletzt. Denn die Theilnahme des Volks an seiner Gesetzgebung existirt nicht eigentlich, wenn es bei dem Gesetz der Gesetze, wenn es bei dem Fundament aller Gesetzgebung, wenn es bei seinem Grundgesetze nicht mitreden und rathen darf. Die ersten versammelten Stände haben unternommen, diesem auferlegten Grundgesetze den Charakter eines Vertrages nachträglich aufzudrücken und den entzogenen Theil jenes wesentlichen Rechtes der Steuer- und Anleihebewilligung zurück zu gewinnen; darum der Beifall Aller, die Begriff oder Gefühl von ständischen Ordnungen haben. Ihre Bestrebungen schienen zuletzt scheitern zu sollen; darum der Kummer Aller, die diesen Staat, der der Stolz des Zeitalters werden könnte, an einem Scheidewege fortwährend schwanken sehen, an dem die Wahl keine Qual machen sollte.

Die volle Anerkennung des konstitutionellen Prinzips ist uns also die nächste Hauptsache; ist sie gewonnen, so wird das Auflauern und die Störung seiner Entwickelung von Seite der einen Großmacht in Deutschland aufhören, die uns den Unsegen der größten innern Zerwürfnisse gebracht hat; es wird der strauchelnde Gang der andern deutschen Großmacht in eine entschiedene Bewegung verwandelt werden; es werden die Gesetzverletzungen und Verhöhnungen aufhören, die wir in Hannover und Kurhessen erlebt haben; es wird jene Freudigkeit des gesammten Volkslebens eintreten, die die Frucht reiner, ungemischter und ungetrübter Verhältnisse ist. Dies scheint uns „der wesentliche Punkt für die Zukunft." — Die Pr. Z. meint anders; sie glaubt, dem Liberalismus, dem Konstitutionalismus der Deutschen Zeitung liege Nichts mehr am Herzen, als die Spaltung der Stände in Majoritäten und Minoritäten und die Verantwortlichkeit der Minister vor der Majorität. Diese Konsequenzen des Konstitutionalismus liegen uns natürlich auch am Herzen; aber eben um der selbstständigen Entwickelung und Ausbildung des preußischen Ständewesens willen würden wir in diesen Beziehungen nicht die geringste Eile haben. Damit wir ganz offen sind: vielleicht auch darum, weil nach unsrer Ansicht gerade in den genannten Beziehungen, gerade jene Konsequenzen sich am ersten geltend machen werden, weil es sich zeigen wird, wie nothwendig, wie unvermeidlich sie dem Prinzip anhängen, selbst wenn es noch nicht einmal vollständig anerkannt wäre. Die Pr. Z. vermißt die Parteien in den preußischen Ständen; in einem schroffen Sinne haben auch wir sie nicht gefunden; wir haben es gesagt,

und mit einer Befriedigung, die unsere ganze Unbefangenheit zeigen mußte. Wenn aber die Pr. Z. glaubt, dieser Zustand werde dauern, so möchten wir vor Täuschungen warnen. Auf Nichts braucht der Konstitutionalismus weniger aktiv hinzuwirken, als auf die Bildung von Parteien; sie werden kommen, und um so schneller und schroffer, je weniger dieser wenig parteite Landtag eintragen wird. Die Verantwortlichkeit der Minister kann länger hinausgeschoben werden. Es wird der Verwaltung, der Eintracht zwischen Fürst und Volk, dem königlichen Ansehen nicht zum Vortheil ausschlagen, wenn sie verschoben wird. Der Fürst sollte in keinem Verfassungsstaate mit der ganzen Unwidersprechlichkeit seines Wortes und Ansehens zu den Ständen reden, so wenig sich das Volk in seiner gebietenden Masse, die unwidersprechlichen Waffen an der Seite, in Zeiten gesetzlicher Zustände versammelt. „Zwischen uns sey Wahrheit", lautete jenes königliche Wort; sie kann nicht seyn, so lange je der Tadel eines Wortes oder einer Maßregel der Regierung auf den Fürsten bezogen wird, bezogen werden kann und muß; sie kann nicht seyn, als um den Preis des Friedens und der Eintracht zwischen Thron und Volk. Wir selbst brechen hier den Gang unserer Gedanken ab, weil wir fühlen, daß wir die ganze Wahrheit nicht sagen dürfen. Wir glaubten aber, die Erfahrung dieses Einen Landtags wäre in dieser Beziehung voller Belehrung gewesen. Die Pr. Ztg. glaubt, das Königthum werde durch die Verantwortlichkeit der Minister erschüttert. Und doch rühmt sie selbst die „wahrhaft heilige Verehrung vor dem Königthum in England", die in Deutschland, obgleich es hier „ein historisches Recht" seyn soll, „in der fürstlichen Würde die ganze Macht fürstlicher Persönlichkeit anzuerkennen", nicht mehr zu finden ist; wir wiederholen es: wenn doch Wahrheit seyn soll, wenn wir uns nicht mit höfischen Formen betrügen wollen, die in Deutschland nicht mehr zu finden ist. Und dabei bedenke man, daß in England seit Georg **III.** durch Krankheit, durch moralische und physische Schwäche einiger Regenten das Ansehen des Königthums noch dazu leiden, die Ministerherrschaft mehr als sonst vielleicht nöthig war, Boden gewinnen mußte. Wenn dennoch bei der Verantwortlichkeit der Minister das Ansehn des Königthums hier so heilig blieb, so ist es doch gewiß eben nur eine einzelne Meinung, die durch diese Anordnung dasselbe Ansehen so gefährdet glaubt. Das Räthsel ist, sagt die Pr. Z., ständische Freiheit und kräftiges Königthum zu vereinen, ohne das Glück Preußens auf das Spiel zu setzen. Dieses Räthsel würden wir, scheint es, anders zu lösen suchen, als die Pr. Z. Es scheint uns in England gelöst, dessen Geschicke auf einer schwindelnden Höhe besser verbürgt sind, als die preußischen in dem Anfang einer unverwickelten Existenz. Die Pr. Z. blickt auf die altständische und absolute Phase der preußischen Staatsbildung zurück; sie will die altständischen Rechte und Verfassung, „die sich nicht mehr mit dem jetzigen Staatsleben vertragen", dahingeben und sie nur geistig wieder beleben; sie will die absolute Monarchie hingeben, aber das Königthum in seiner Kraft bewahren, nichts von dem während der Absolutie Errungenen, nicht die geordnete Verwaltung, nicht die Einheit des Landes preisgeben. Diese geschichtliche Anschauung fügt sich gut in unsere Weise der Betrachtung. Wir sind einverstanden im Zweck; aber nicht in den Mitteln. Spielen wir nicht mit Worten: Regeneration, geistige Wiederbelebung der altständischen Verfassung ist nichts Anderes als Ausbildung der konstitutionellen Staatsform, die sich eben der gemeinen Erfahrung nach vorzugsweise mit dem jetzigen Staatsleben verträgt. Die Geschichte der englischen Verfassung ist Nichts als der Verlauf dieses Prozesses. Ein Königthum wird nicht stark durch Isolirung, sondern durch Gesetze, die es mit dem Volke einträchtig verknüpfen. Eine Verwaltung kann wohlgeordnet seyn, und darum, wie die Erfahrung zeigt, doch nicht ausreichen, doch die Opfer verlangen, die nur freier Wille sich auflegt und erträgt. Die Einheit des Reiches endlich ist erst zu schaffen; es existirt nur eine Einheit der Herrschaft; die Trennungsgedanken sind in Preußen nicht fremd geblieben; der erste Schritt zu einer wahren Verschmelzung der Theile ist jetzt erst mit dem ersten Schritte in die Verfassung geschehen. Alle diese Sätze, in diesen Zeiten der Ruhe und Schlaffheit hartnäckig bestritten, werden plötzlich begriffen und anerkannt werden, so wie eine große Kollision die Anstrengungen des Volkes erheischt. Je mehr alsdann die „Bedingungen deutlich ausgesprochen werden", desto glänzender wird sich zeigen, daß wir auf dieser Seite die treuen Diener des Staates sind, die nicht Gefahr, sondern Rettung ins Haus bringen.

Mainz, vom 26. Juli. Künftigen Samstag wird von der hiesigen Bürgerschaft den von dem unlängst geschlossenen Landtage zurückgekehrten Deputirten der Stadt Mainz in der neuen Anlage ein Festbankett bereitet. Vertreter der Stadt Mainz auf diesem Landtage waren die HH. Aull und Lauteren. Einladungen zu dem Bankett sind aber auch an andere hier wohnende rheinische Landstände wie die Hrn. Glaubrech und Jung ergangen. Es ist im deutschen Vaterland bereits zur Sitte geworden, auf diese Weise die heimkehrenden Deputirten zu ehren. Daß die rheinhessischen Deputirten auf dem jüngst geschlossenen Landtag insbesondere bei Diskussion der projektirten neuen Gesetzgebung mit Feuer und Energie die Interessen ihrer Provinz sowie des Landes vertreten, zeigten zur Zeit die Berichte über die Kammerverhandlungen in öffentlichen Blättern und geht ganz besonders aus den nunmehr bei C. W. Leske in Darmstadt erschienenen „Verhandlungen der Landstände der zweiten Kammer des Großherzogthums Hessen im Jahre 1844—46" hervor, ein Werk, das besonders in der Diskussion über die Civilgesetzgebung des Guten und Trefflichen gar vieles enthält und deshalb auch in weiteren Kreisen mit Nutzen und Interesse gelesen werden wird. Die Ansichten der Rheinhessen über den Werth und Nutzen der projektirten neuen Civilgesetzgebung, sowie jene über den bestehenden Code Napoléon sind, wenn auch, seitdem die Kammern geschlossen sind, dieses Thema etwas in den Hintergrund getreten ist, immer dieselben. Wahrhaft wohlthuend ist es daher für die Rheinhessen, wenn in neuerer Zeit sich viele und gewichtige Stimmen ihrer Gesetzgebung annahmen, wie noch jüngst ein aus gediegener Feder in der „Deutschen Zeitung" erschienener Artikel. Mehr aber als alle diese Stimmen freute die Rheinhessen eine andere in der jüngsten Zeit wieder an vielen andern Orten laut gewordene Stimme, die nach einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung. Mit wahrer Freude haben wir in den jüngst bei Sauerländer in Frankfurt a. M. erschienenen Protokollen der Germanistenversammlung des vorigen Jahres gelesen, wie sich die ausgezeichnetsten Männer im Gebiete der Rechtswissenschaft für eine solche gemeinsame Codifikation aussprachen. Der Einwand, daß es unserer Zeit an Beruf für Gesetzgebung fehle, ist längst verjährt und es bedarf nur einer zweckmäßigen Einigung über die Art und Weise der Ausführung eines solchen Nationalwerks, um diejenigen, welche diesen Einwand noch für die heutige Zeit geltend erachten, thatsächlich zu widerlegen. Nächstens mehr über diesen wichtigen Gegenstand. (O.-P.-A.-Z.)

Aus dem Großherzogthum Hessen, vom 28. Juli. Die Wunderkraft des Wilhelmsbades (bei Hanau) wirkt leider bis über den Main herüber und spiegelt den Bewohnern unserer Städtchen und Dörfer das Trugbild des „Bauern als Millionärs" vor. Einzelne, in sonst selten gefüllte Taschen gerathene Gewinnste werden durch die Fama der Bank vervielfältigt; wer aber verloren hat, pflegt zu schweigen und verschwiegen zu werden. Dadurch kommen denn die thörigsten und unheilbringendsten Hoffnungen unter dem armen Volke der Umgegend in Cours. Wer gewinnt dabei?

Oestreich.

Wien, vom 24. Juli. Die von uns früher erwähnten Hinrichtungen wegen Hochverraths haben in Lemberg, auf dem großen Ring, bereits nach einander stattgehabt. Einer der dem Arme der Gerechtigkeit Verfallenen war ein katholischer Priester, ein Mann von sonst tadellosem Benehmen, der sich nur durch seinen überschwinglichen politischen Fanatismus zum Verbrechen hinreißen ließ. Derselbe hieß Mniatkowski.

Rußland und Polen.

Petersburg, vom 20. Juli. Oberst Graf Benkendorf, Adjutant Sr. Maj. des Kaisers, ist der kaiserl. Gesandtschaft in Berlin attachirt worden.

Von der polnischen Gränze, Mitte Juli. Es scheint kein bloßer Zufall, daß zu derselben Zeit, wo die preußische Regierung die Ostbahn aufgibt, Rußland mit dem kolossalen Plane einer Westbahn auftritt, die seine lockeren Glieder von Petersburg bis Moskau und Warschau verbinden soll. Der große Entwurf mahnt schmerzlich daran, wie sehr durch das resultatlose Ende des preußischen Landtags Deutschland verloren und wie viel dadurch sein natürlicher Feind gewonnen hat. Denn Rußland baut seine Eisenbahn nicht als Mittel zur Erleichterung des Verkehrs und zur Hebung der Industrie, sondern lediglich in strategischen Zwecken; ihre Ausführung kann den deutschen Gränzländern keinen Nutzen, aber desto größere Gefahr verkündigen. Der flüchtigste Blick auf das Ueberwachungssystem in Rußland muß überzeugen, daß bei der Anlegung russischer Eisenbahnen die vortheilhafte Benutzung derselben durch das Volk nicht berücksichtigt oder beabsichtigt wird. Jeder Reisende in Rußland muß in jeder Stadt, ja an jeder Station seine Legitimationspapiere vorzeigen. Bei diesen Bewachungen kann sich indeß schon jetzt die Polizei nicht immer rühmen au fait zu seyn; ein so rascher, blitzschneller Verkehr aber, wie er auf den übrigen europäischen Eisenbahnen statt hat, würde ihr geradezu jede Controle unmöglich machen. Controle aber ist das Lebensprinzip der innern russischen Politik, Controle war das zweite Wort Benkendorfs und Cancrins, deren System noch immer das herrschende ist. Man weiß, welch' unzählige Vorsichtsmaßregeln Cancrin ausgedacht hat, um die Erzeugnisse des Auslandes auszuschließen: drei Militärgränzen in einer Ausdehnung von mehr als zehn Meilen bewachen ringsum das Reich, zahlreiche Kosaken durchstreifen diesen Gürtel; tief im Lande an jeder Stadt, an jedem Dorfe sind Wächter aufgestellt, die jeden Reisenden und jedes Fuhrwerk durchsuchen. Auf einer Eisenbahn, die das wäre, was sie in anderen Ländern sind, würde besonders die verpönte geistige Waare von allen Seiten in das Reich dringen und die so gefürchtete, so künstlich umgangene und abgesperrte Aufklärung verbreiten. Rußland wird sich also hüten seine Eisenbahnen gleich denen der übrigen civilisirten Staaten einzurichten; die kleinen Czarsko jselo'schen und Czenstochauer Bahnen werden als Muster dienen, die nur zwei Mal des Tages benutzt werden, wodurch die Möglichkeit einer strengen Bewachung der Güter und Passagiere erreicht wird, und bei der geringen Frequenz ein Hauptvortheil aller Eisenbahnen, die Billigkeit des Transports, entgeht. Das Volk überdies fühlt das Bedürfniß eines geistigen Verkehrs nicht, und die Benutzung in industrieller Beziehung kann nur wenig bedeuten. Eine weit verzweigte Eisenbahn kann die Einheit und die Industrie eines Staates fördern; aber nur fördern, nicht schaffen. In Deutschland, in Frankreich, war die nationale Einheit gegeben, und der erleichterte Verkehr konnte sie steigern; in Rußland ist sie nicht vorhanden, und wenn der Kosak und der Kurländer, der Tunguse und der Jude, der Kamschadale und der Pole sich noch so oft und noch so rasch begegnen werden, so werden sie sich immer fremd bleiben. Ebenso ist es mit der Industrie. In den civilisirten Staaten war sie schon da und wurde durch die Eisenbahn gehoben, aber in Rußland, wenn wir auch den vereinzelten Betrieb großer Gewerbanstalten mit dem Namen einer Industrie belegen wollen, erfordert sie da schon eine so kostspielige Eisenbahn? Und wäre es nicht merkwürdig genug, daß, wenn industrielle Zwecke die leitenden wären, gerade die einzige Stadt, von der man mit dem meisten Rechte behaupten würde, daß sie industrielles Leben habe, Riga nämlich, im Entwurfe von der großen Linie ausgeschlossen ist? —

Rußland, oder doch derjenige Theil des Reiches, der wirklich eines Verkehres bedarf, ist vorzugsweise ackerbauend. Nicht für Eisenbahnen, sondern für Chausseen, für geregelte Land- und Wasserverbindungen würde daher die Regierung sorgen, wenn sie das Interesse des Volkes zunächst im Auge hätte. Hat sie dies gethan? 1816 errichtete Alexander ein besonderes Comite für die Wege; es gelang diesem aber nur eine und vorzugsweise blos in administrativer Hinsicht wichtige Chausseestraße, die zwischen Petersburg und Moskau, zu Stande zu bringen; denn schon 1826, gleich nach seiner Thronbesteigung, erließ Kaiser Nikolaus einen Ukas, der die Errichtung neuer Landstraßen einstellte. Zwar wurde 1833 wieder ein Comite eingesetzt, aber von allen Kommunikationsstraßen, die es entwarf, ist einzig und allein die in merkantiler Hinsicht ganz bedeutungslose zwischen Petersburg und Warschau zur Ausführung gekommen, alle übrigen bestehen bis jetzt nur auf dem Papiere. An die wichtigste, vor Allem noththuende Handelsstraße, die schon der Kardinal Commendoni unter Sigmund August durch Flußverbindungen zu bewerkstelligen gesucht, an die zwischen Volhynien und Podolien, den reichsten Kornkammern Europa's, und Warschau, ist noch gar nicht gedacht. In den eben gedachten fruchtbaren Provinzen wird ein großer Theil des Getreides gar nicht gemäht und eingespeichert, weil die Schlechtigkeit der Wege jeden weiteren Transport vereitelt. Hätte hier die Regierung Chausseen angelegt, welche Vortheile würden daraus nicht nur für das Land selbst, sondern für ganz Europa ersprießen!

Frankreich.

Paris, vom 28. Juli. Im Verlaufe der gestrigen Pairssitzung, in welcher eine Menge Gesetzentwürfe von blos örtlichem Interesse genehmigt wurden, befragte Marquis Boissy das Ministerium in Betreff der vom „Courrier français" bezüglich der Concession für die Minen von Algerien vorgebrachten Beschuldigungen. Er behauptete, daß der Regierung, wenn sie sich selbst achte, daran liegen müsse, die öffentliche Meinung über die bezeichneten Thatsachen nicht im Ungewissen zu lassen und entweder die Schuldigen, wenn es deren gebe, oder das Journal, welches verläumdet habe zu bestrafen. Er halte daher eine Untersuchung für nothwendig und fordere die Regierung auf, dieselbe anzuordnen. Der Justizminister antwortete, die Regierung glaube nicht, daß es ihrer Würde oder ihrer Pflicht entspreche, sich dem ersten besten Journal zur Verfügung zu stellen, welches für angemessen halte, zugleich die gehässigsten und die unglaubhaftesten Anschuldigungen gegen sie zu erheben. Unter solchen Umständen ziehe die Regierung nicht die vorgefaßten Meinungen einiger Personen, sondern ihre Würde und die Interessen des Landes zu Rathe und sie sey nicht der Ansicht, daß die Interessen des Landes geböten, heute dieses und morgen jenes Journal zu verklagen, dem es etwa beliebe, gegen die Mitglieder der Verwaltung die unbegründetsten Anklagen vorzubringen. Was den jetzigen Fall angehe, so habe die Regierung weder eine Untersuchung veranlaßt, noch werde sie es thun; zugleich aber erkläre er, daß sie, wie immer, die Sache, auf welche Herr de Boissy anspiele, sorgfältig geprüft habe. Durch diese Prüfung sey die Regierung — und insbesondere er, der sich einer besonderen Prüfung der Angelegenheit unterzogen habe — innigst überzeugt worden, daß in Betreff dieser Concessionsertheilung weder einem Minister, noch irgend einem Mitgliede der Verwaltung ein nur in etwa begründeter Vorwurf gemacht werden könne, und daß jene Angaben, welche Herrn de Boissy so frappirt hätten, bloß jede Begründung entbehrende Verläumdungen seyen. Herr de Boissy wisse übrigens so gut, wie er, daß gegenwärtig ein Prozeß (Talabot's gegen den „Cour. français") vor den Gerichten anhängig gemacht worden sey. Es stehe Niemand zu, die Debatte dieses Prozesses zu beschränken; dieselbe werde jede Ausdehnung erhalten, welche sie vertrage, und jeder Aufschluß könne dort gegeben werden. Nach dieser Debatte aber, davon sey er überzeugt, werde Jedermann und Herr de Boissy selbst anerkennen müssen, daß kein begründeter Vorwurf, kein gerechtfertigter Verdacht gegen ein Mitglied der Verwaltung habe vorgebracht werden können. Marquis Boissy entgegnete mit einer den Minister beleidigenden Hinweisung auf den Cubieres'schen Prozeß, indem er äußerte, daß auf ministerielle Betheurungen jetzt nicht mehr viel zu geben sey. Der Justizminister antwortete mit einer derben Zurückweisung und Vicomte Dubouchage machte dem Wortstreite ein Ende, indem er verlangte, daß die Kammer ihre Arbeiten fortsetze, da der Minister alle Erläuterungen gegeben habe, die man von ihm verlangen könne.

Paris, vom 29. Juli. Der Moniteur bringt heute zwei Ordonnanzen, von denen die Eine, die laut Ordre vom 28. Januar ausgesprochene freie Getreide-, Mais- und Hülsenfrüchte-Einfuhr; die Andere die Prohibitivbestimmungen vom 19. und 29. Januar in Betreff der Gemüse-Ausfuhr ꝛc. ꝛc. bis zum 31. Oktober c., verlängert.

— Diesen Morgen 6 Uhr zeigten die Kanonen der Invaliden den Beginn der 17. Feier der Julirevolution an. Kurze Zeit später fanden wir bereits die elysäischen Felder stark bevölkert, darunter eine Menge Arbeiter, die das Julikreuz stolz auf der Blouse trugen; Andere hatten ihre Hüte mit dreifarbigen Bändern geziert. Das Faubourg St. Antoine ist ruhig; auch aus den anderen gewerkreichen Stadtvierteln lauten die Polizeiberichte günstig, ungeachtet gewisse Anschläge Unruhen befürchten ließen. Im Ganzen werden die offiziellen Festlichkeiten ziemlich mager ausfallen, da die Kammern nur 200,000 Fr. bewilligten. Das Schönste wird auch dies Jahr die Beleuchtung auf dem Wasser nebst Feuerwerk seyn. Unzählige kleine Fahrzeuge stationiren bereits vom Pont royal bis Pont de la Concorde, um sich mit Lämpchen, Guirlanden u. s. w. zu schmücken. Militärparaden u. s. w. beginnen wie gewöhnlich zwischen 2 und 3 Uhr.

Großbrittanien.

London, vom 28. Juli. Heute Morgens 2 Uhr starb nach etwa halbjähriger Krankheit J. Waller, Esqu., wohlbekannt als Haupt-Eigenthümer der „Times". Er war im 74. Jahre und hatte seine Laufbahn als einfacher Druckergehülfe begonnen, bis er späterhin sowohl Eigenthümer als Redakteur des einflußreichsten Londoner Journals ward. Er war im vorletzten Parlamente Mitglied für die Grafschaft Berkshire, in der er ein großes Gut besitzt; auch für das letzte Parlament war er erst in Southwark vergebens und dann in Nottingham zwar mit besserem Erfolge bei der Wahl aufgetreten, aber dieselbe ward vom Unterhause wegen Bestechung für ungültig erklärt.

— Die allgemeinen Wahlen. Erster Tag. — „Ist es nicht ein erfreuliches Vorzeichen — sagt „Sun" mit Recht — daß die beiden ersten Mitglieder des neuen Parlaments solche Männer sind, wie Hr. Wakley und Hr. Th. Duncombe?" Diese beiden entschiedensten Freunde des volksthümlichen Fortschrittes sind nämlich heute, letzterer sogar in seiner Abwesenheit, da er an einer Brustentzündung daniederliegt, in Finsbury ohne allen Kampf wiedererwählt worden, da der torystische Kandidat, der als Schriftsteller nicht unbekannte S. Warren (Verfasser der „Memoiren eines Arztes"), seine hoffnungslose Kandidatur aufgegeben hatte. Hr. Walley, praktischer Arzt und Herausgeber der ärztlichen Zeitschrift „Lancet", ist besonders als Coroner für Middlesex sehr bekannt und hat als solcher durch sein Auftreten in der Sache des zu Tod geprügelten Husaren in Hounslow den ersten Anstoß zur seitdem eingetretenen, bedeutenden Milderung der Körperstrafen in der englischen Armee Anlaß gegeben. Seine politischen Meinungen sind die eines Radikalen. Sein Kollege Duncombe, dem Hr. Wakley in der Rede nach der Wahl große und verdiente Lobeserhebungen spendete, ist bekanntlich Chartist und Präsident des täglich mächtiger werdenden „National-Vereins der Gewerke".

In der City begannen die Wahlen um 11 Uhr mit der Einführung von 9 Kandidaten, 4 liberale, Lord J. Russell und Hr. Pattison aus dem vorigen Parlament und Sir G. Larpent und Baron Lionel Rothschild als neue Bewerber, 4 konservative, der ausscheidende Masterman und die neuen Aldermann Johnson, Bankier Bevan und Hr. Freshfield, und 1 unabhängiger, aber auch hoffnungsloser in der Person des City-Coroners Payne. Die Personen, welche die konservativen Kandidaten vorschlugen, konnten kaum zu Worte kommen, so groß war das Zischen und Lärmen, während Lord J. Russell mit betäubendem Beifallsruf empfangen ward. Derselbe erinnerte in seiner kurzen Anrede an den durch Sir R. Peel's Adresse erst wieder konstatirten Triumph der von ihm (Lord R.) schon 1841 verfochtenen Freihandelsprinzipien und bezog sich im Uebrigen auf seine jüngst gehaltene Rede, indem er nur noch betreffs der Erziehungs- und der daran geknüpften religiösen Frage den Dissenters erklärte, rein religiöse Rücksichten könnten ihn nicht abhalten, für die Erziehung des Volkes zu sorgen, da dieselbe im innigsten Zusammenhange mit der bürgerlichen und religiösen Freiheit stehe.

Baron Rothschild, der mit vielem Beifall empfangen ward, erinnert an seine langjährigen Handelsverbindungen mit der City und versichert, daß er für Förderung der bürgerlichen und religiösen Freiheit alles Mögliche thun werde.

Hr. Bevan spricht hauptsächlich von seinem Eifer für den Protestantismus und seiner entschiedenen Abneigung gegen Dotation des katholischen Klerus.

Hr. Payne endlich erklärt, aber kaum hörbar, daß er gegen alle Staatsdotation aller Secten ist und ein menschliches Armengesetz will. Hierauf ward eine sogenannte Handschau genommen, welche von den Sheriffs für die liberalen Candidaten ausgefallen erklärt ward; da aber die Conservativen einen Poll gefordert, so wird derselbe morgen oder übermorgen statt haben.

Auch in Westminster ist es heute noch zu keiner Entscheidung gekommen; die Candidaten daselbst sind General Sir de Lacy Evans (ausscheidend) und anstatt des zurücktretenden, conservativen Hrn. Leader zwei liberale Candidaten, der vornehmere Hr. Lushington und der radicale und volksthümlichere, aber wie wir schon erwähnt, wegen einiger romantischen Jugendabenteuer bei den heuchlerisch-prüden Bourgeois etwas verrufene Ch. Cochrane; conservativer Seits meldete sich heute noch Lord Mandeville (Sohn des Herzogs von Manchester.)

Aus der Provinz hat der „Sun" in seiner 4ten Ausgabe folgende Nachrichten: In Norwich treten neben dem ausscheidenden conservativen Marquis Douro, anstatt des zurücktretenden liberalen Hrn. Smith, zwei liberale auf: der große Eisenbahn-Unternehmer Hr. Peto und Hr. Parry. Die Handschau war für diese beiden ausgefallen, aber ein Poll verlangt worden.

In Chippenham wurden die beiden austretenden conservativen J. Neeld, Esqu., und Capt. Boldero ohne Wahlkampf wiedererwählt; ihre Reden waren ohne großes Interesse.

In Preston war ein Aufruhr bei der Wahl losgebrochen; eine Stunde lang hatte ein trunkener Haufe die Stadt durchzogen und hie und da Fenster eingeworfen.

Spanien.

Madrid, vom 24. Juli. Der „Heraldo" bringt eine Liste sämmtlicher Wahlen und schreibt den Sieg in den meisten Provinzen der moderirten Partei zu.

Italien.

Rom, vom 19. Juli. Es würde zwischen dem Polizeimilitär und dem Volke zu blutigen Excessen gekommen seyn, hätte ersteres nicht diesen Morgen nachstehend übersetztes, die Lage unserer öffentlichen Verhältnisse scharf charakterisirendes Schreiben erlassen:

„An das römische Volk. Ein allgemeines Geschrei klagte mehrere Individuen abscheulicher Anschläge gegen dich, hochherziges Volk, als schuldig an, in deren Zahl wir mit Schmerz, wenn auch ohne Verwunderung, einige bezeichnen hörten, welche zu unserm Unglück aus unsern Reihen sind. Wenige Augenblicke später lasen wir ihre Namen auf Plakaten, die einige aus unserer Mitte von den Mauern abreißen wollten, vielleicht von unklugen dort mitgenannten Vorgesetzten dazu veranlaßt. Diese Obern machten bei dem ebenso nutzlosen und später unüberlegten Act Mißbrauch von der militärischen Subordination, und setzten auch das Leben der durch die Militärgesetze zum Gehorsam gegen sie gezwungenen unglücklichen Untergebenen der Gefahr aus. Wir hörten, daß du dadurch zum Unwillen aufgereizt, gegen uns alle den allgemeinen Bannfluch aussprachest, und auf ein ganzes Corps von 3000 Staatsbürgern das Gewicht der Ehrlosigkeit niederfallen ließest.

Wir hörten das alles, und betrübten uns tief um so mehr darüber, da uns als subalternen Militärs nicht erlaubt ist, unsre Stimme bis zum Thron zu erheben, damit unser Corps von dieser Ansteckung befreit werde. Wirst du uns als Schuld anrechnen, wenn wir durch das gemeinschaftliche Unglück der Vergangenheit gegen unsern allgemeinen Willen gezwungen wurden, in unsern Reihen jenes Geschlecht öffentlichen Fluchs zu schauen? Und welche Schuld tragen wir, wenn jene als Subalterne oder Obere im Range heraufrückten? Welche Schuld, wenn eine verhaßte Vergangenheit sie mit Decorationen behestete, welche sie auch verschiedene von uns mit undenkbarem Schmerz auf der Brust zu tragen nöthigte? Was sollten wir machen? Sie niederschlagen? Das wäre Verbrechen gewesen. Zu Collectivbitten unsere Zuflucht zu nehmen? Das militärische Gesetz verbietet und bestraft sie mit Ketten. Uns blieb weiter nichts übrig als mit Darlegung von Thatsachen und Gründen anonym zu bitten; doch wir blieben stets unerhört.

Was also war übrig? Den Abschied zu fordern? Schnell ist das gesagt. Der arme Soldat, der von seiner frühen Jugend an dient, hat außerhalb der Reihen nicht, wovon zu leben. Und die Familien? Auch du siehst nun, wie unglücklich wir waren, es noch sind und es seyn werden, bis jene aus unsern Listen gestrichen sind; aus den Listen, in denen auch jene deine guten Carabinieri eingetragen stehen, die du zuerst als uninteressirte Tröster und Helfer deiner durch die schreckliche Seuche betrübten Familien betrachtetest als sie 1837 diese hehre Hauptstadt verheerte; Listen, in denen sich die Namen von tausend für die Sicherheit deines Eigenthums und Lebens gefallenen Opfern finden; Listen, in denen man die Namen Hunderter von Vaterlandsfreunden liest, die noch bis vor kurzem mit dem Stempel des Hasses und der Verfolgung von jenen Ruchlosen bezeichnet waren, welche, um reich zu werden und despotisiren zu können, das Land auch dem Satan verkaufen würden; Listen endlich, in denen du, unser erhabener Fürst, der ganze Staat wie die Menschheit zehntehalb Zehntel von Freundesnamen finden werden.

Auf also, edles Volk, schenke deine Neigung einem Corps wieder, das, wenn auch im allgemeinen unglücklich, doch weit entfernt war ganz verderbt zu seyn; war es elend, so war es das zur Genüge dadurch, daß es die Last des von einigen gewaltsam ihm aufgedrungenen Schlechten verdienten Fluchs nicht abzuschütteln vermochte. Vereinige deine mit unsern Bitten, daß unsere Reihen durch die fürsorglichste Regierung des unsterblichen neunten Pius von dem unwürdigen Gesindel gereinigt werden, das du selbst als eines ungeheuern Frevels schuldig bezeichnetest, und wir werden in jeder deiner Gefahren oder Triumphe deinen Siegesmarsch durch die feindlichen Lanzen oder die Trophäen der Väter eröffnen oder schließen. Die Carabinieri."

Die letztausgegebene Nummer der römischen Staatszeitung bringt das Ausscheiden des Staatssecretärs Gizzi mit folgenden Worten zur Kenntniß des Publikums. „Nachdem Se. Eminenz der Kardinal Gizzi Se. Heiligkeit unsern Herrn wiederholt gebeten, ihm die für seine Gesundheit nöthig gewordene Ruhe zu bewilligen, so hat Se. Heiligkeit geruht, diesem Wunsche des wohlverdienten Kardinals nachzugeben und an seiner Statt den aus der apostolischen Legation Urbino und Pesaro berufenen Kardinal Gabriele Ferretti als Staatssekretär zu bestellen." (A. Z.)

Rom, vom 20. Juli. Gestern Nachmittag fand hier ein eigenthümliches Schauspiel statt. Einem jener Individuen, auf die das Volk seinen Haß geworfen hat und die es der Theilnahme an der Verschwörung vom 17. schuldig hält, war man auf die Spur gekommen. Als man vergebens das Haus, in welches Minardi sich geflüchtet hatte, nach ihm durchsuchte, besetzte eine Volksmenge, die man auf 6000 Köpfe anschlägt, die ganze Häuserinsel, zu der sein Schlupfwinkel gehört. Man bestieg die Dächer, durchstöberte die Keller und ließ keine Art der Nachforschung unversucht. Allein umsonst! Endlich erschien Ciceroacchio, der den Leuten den klugen Gedanken angegeben haben soll, den Hund des Verfolgten loszulassen. Dies geschah, und was war natürlicher als daß das treue Thier sich augenblicklich auf die Spur seines Herrn setzte und dessen verborgenen Aufenthaltsort verrieth? Jetzt wurde er festgenommen, man wagte es indessen nicht, ihn vor den Augen des tobenden Haufens abzuführen, da zu fürchten gewesen wäre, daß man ihn in Stücken zerrissen hätte. Noch spät am Abend war indeß vor dem Oratorium, in welches er sich geflüchtet hatte, ein guter Haufe Volks in neugieriger Spannung zurückgeblieben. Trotzdem, daß sich die Verhaftungen von Stunde zu Stunde wiederholen, kann ich doch nicht umhin, an das bereits gestern Gesagte zu erinnern, daß nämlich bis jetzt dem Publikum kein positiver, untrüglicher Beweis dessen vorliegt, was allgemein für unumstößlich wahr angenommen wird. Vergebens bemüht man sich, ein Gerücht über die Gränzen seiner eigenen Entstehung hinauszuführen, und ein vorsichtiger Mann wird sich kaum entschließen können, das, was er hört, mit einigem Glauben nachzuerzählen. Dagegen wird man unwillkürlich an Vorfälle und Anekdoten erinnert, die man sich von Zeit zu Zeit erzählt hat, ohne ihnen großen Werth beizulegen, die aber jetzt in diesem Zusammenhang der Dinge, wie er wenigstens geschildert wird, eine andere Bedeutung erhalten. So ist es ein Faktum, daß an den verstorbenen Kardinal Micara ein anonymer Brief gelangt ist, in welchem das Kardinals-Kollegium aufgefordert wird, dem gegenwärtigen Carbonari-Regiment ein Ende zu machen, und die Rechte des Priesterthums zu wahren; so ist es ein Faktum, daß ein namhafter Kardinal der Genoveser Partei sich nicht an einer reich gedeckten Tafel niederlassen wollte, bevor man nicht die reich aufgeputzte Büste Pius' IX. bei Seite gebracht hätte.

Diese und ähnliche Züge erscheinen jetzt in einem anderen Lichte, ohne deshalb mehr als einen Begriff der Stimmung einer gewissen, auch sonst nicht hinter dem Berg haltenden und bei ächter Toleranz auch zu respectirenden Partei zu gewähren. Ciceroacchio verpflichtet durch sein von gesundem Sinn geleitetes versöhnliches Betragen alle Stände. Vorgestern saß er bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Zweckessen zwischen zwei römischen Fürsten und erhielt eine goldene Dose zum Geschenk. Grasselini, dem der Papst den Prälatenmantel genommen zu haben scheint, als er die Erlaubniß ertheilte, dem Abbate Grasselini seine Pässe zu verabfolgen, ist keineswegs nach Neapel zurückgekehrt, sondern hält sich in Genzano auf. Die Vernünftigeren und Gemäßigteren kommen jetzt dahin überein, daß er eher als Düpe der Verschworenen, nicht aber als mitschuldig zu betrachten sey. Factisch ist, daß sein Hochmuth das Gouvernement um alle Kraft und Macht gebracht hatte.

Was besonders zur Vorsicht in der Aburtheilung über den ehrlichen Namen angeschwärzter Personen bestimmen muß, ist der Umstand, daß der eine oder der andere jener Polizeibeamten, wie Benvenuti, zwar die Weisung bekam, innerhalb dreier Tage die Stadt zu räumen, daß man aber mehreren derselben freien Abzug gestattet, ja sie auf freiem Fuß gelassen hat. Der Verhaftung einiger von ihnen hat sich der Pro-Governatore Morandi sogar bestimmt widersetzt. Da dieser gewiegte Criminalist den Prozeß selbst führt, so kann man erwarten, daß jedem sein Recht zu Theil werde, und daß die Unschuld, auch wenn sie sich auf Seite einer im Nachtheil befindlichen Partei gegenwärtig schlecht vertreten sieht, zu dem ihr gebührenden Schutz gelangen werde. Sonst sind übrigens Excesse keiner Art vorgekommen. Die Garden benehmen sich eifrig und musterhaft, und nicht minder die Kommandanten der verschiedenen Bataillone. Namentlich wird D. Carlo Torlonia, der mehrere wichtige Verhaftungen hat vornehmen lassen, sehr gerühmt. Einer jener Häuptlinge von Faenza soll ein wahrhaft infernalisches Aussehen dargeboten haben. Sollten die Verwünschungen, die er ausgestoßen habe, wirklich vernommen worden seyn, so könnten sogar dem Beherzten die Haare zu Berge steigen.

Großes Aufsehen macht hier ein Artikel des Contemporaneo über das Werk von Cretineau-Joly, welches betitelt: „Clemens XIV. und die Jesuiten", nicht blos einen legitim gewählten Papst der Vergangenheit als illegitim und bestochen verdächtigt, sondern sich auch nur allzu vernehmbare Anspielungen auf das gegenwärtige Pontifikat beikommen läßt, die nicht weniger anschwärzend und aufreizend sind. Der Verfasser dieser nicht im versöhnenden Geist abgefaßten Schrift wird gebührend zurecht gewiesen, ohne daß der Censor selbst sich gleicher Niedrigkeiten gegen die heutigen Jesuiten, die er von denen durch Ganganelli aufgehobenen wohl und streng zu unterscheiden weiß, schuldig macht. Bei Legitimitätsfragen ist es von ganz besonderer Wichtigkeit, legitim zu verfahren und diejenigen, welche einen legitim gewählten und anerkannten Papst auf seine Rechtmäßigkeit hin anzweifeln, bedenken wohl kaum, welch einen gefährlichen, schlechten, ja entwürdigenden Dienst sie dem Katholizismus und dem Papstthum erweisen. Blinder Eifer schadet nur! —

Zum Nachfolger des Cardinals Ferretti in der Legation von Urbino und Pesaro ist der Cardinal Fieschi ernannt worden. Der neue Staatssekretär ist, wie sich dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen erwarten läßt, sehr in Anspruch genommen und hat manchen Tag mehrere Conferenzen mit dem heil. Vater.

Mehr als neugierige Spannung ließ die noch spät am Abend versammelte Menge, welche die Abführung des eingesetzten Minardi abwarten wollte, wahrnehmen. Weder Ciceroacchio noch der neue Governatore vermochten sie durch Anreden zu beschwichtigen.

Da erschien P. Ventura, und nachdem er das Volk versichert hatte, daß der Missethater nicht in dem Oratorium verborgen sey, wo man ihn versteckt, obwohl verhaftet glaubte, lud er das Volk zu einer Predigt in der Kirche S. Andrea della Fratte ein. Er sprach von der entdeckten Verschwörung als von einem Factum, wies darauf hin, wie sehr sie ihrer eigenen Sache schaden würden, wenn sie diesem Menschen, der leicht wichtige Aufschlüsse geben könnte, ein Leid anthun sollten, ließ dann die versammelte Menge niederknieen und schwören, daß sie nicht selbst Hand an ihn anlegen wollten, hernach ließ er die Madonna, Jesus Christus, Pius IX. leben, worauf jedesmal das Volk antwortete, und zuletzt den P. Ventura selbst leben ließ. Seine Rede drehte sich hauptsächlich darum, daß die Madonna das römische Volk vor einem großen fürchterlichen Blutbad beschützt habe, und daß sie sich nicht besser dankbar erweisen könnten, als wenn sie sich in allem legal betrügen und nicht Selbsthülfe gebrauchen würden.

Diesen Morgen endlich ist Minardi nach dem Wachtposten der Bürgergarde in Palazzo Piombino abgeführt und dort der Polizei übergeben worden. Bei dieser ganzen Geschichte haben viel Mißverständnisse und Mißgriffe obgewaltet. Statt gerade heraus die Wahrheit anzuzeigen, daß er aufgefunden und festgenommen sey, haben sie ihn verläugnet und dadurch die Spannung unnützerweise hinaufgeschraubt. Wohlunterrichtete versichern, daß das Volk nicht Hand angelegt haben würde, sobald man den verhaßten Menschen, den übrigens das Gouvernement festzunehmen Befehl ertheilt hatte, in Sicherheit gewußt hatte. Täglich werden neue Verwahrungen gegen die Anschuldigung der Theilnahme an der Verschwörung an die Straßenecken angeheftet. So hat sich

selbst Muzzarelli, der vorigen Sonntag bei der Auffahrt des Papstes auf öffentlichem Platze festgenommen wurde, vertheidigt, und erklärt, er sey eben im Begriff gewesen, sich unter Prozeß zu stellen. Dagegen ist ein Anhang zu der zuerst angeschlagenen Liste erschienen.

— Der an die Stelle Mons. Grasselini's berufene interimistische Commandeur der Polizeitruppen hat zur völligen Wiederherstellung des Friedens zwischen der Polizeimannschaft und dem Volk diesen Morgen nachstehenden Tagsbefehl erlassen: „Päpstliche Carabinieri! Die bereits errichtete römische Bürgergarde ist ein geweihtes und erhabenes Institut; denn sie besteht aus dem edelsten und köstlichsten Theile des Volks. Sie ehrt und achtet euch hoch; denn sie ward vom Landesfürsten für die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit der Einwohner berufen, deren eifersüchtige und belobte Wächter in schwierigen Zeiten auch ihr gewesen seyd. Wie ihr dem unsterblichen Pius IX., dem Lamme des Friedens und der Eintracht, treu und beständig, loyale Freunde der Ordnung, der öffentlichen und privatlichen Sicherheit seyd, so seyd es auch stets und ungetheilten Sinnes der Bürgergarde gegenüber: die gemeinsame Sache und die unserige seyen eine und dieselbe. In aller Eile aus der Provinz nach Rom zurückgerufen, um euch zu befehligen und zu leiten, werde ich festen und unveränderlichen Sinnes zu jeder Zeit euch auf der Bahn der Ehre, der Gesetzlichkeit und eurer heiligen Pflicht mit militärischer Entschlossenheit zu führen wissen. In Einigkeit und Verbrüderung mit der römischen Bürgergarde feiern wir heute einen Tag der Tröstung und wahrhaftiger Freude. Wir werden mit ihnen seyn, sie mit uns, stets mit dem Rufe auf den Lippen: Es lebe der unsterbliche neunte Pius! Der Hauptmann Filippo Cavanna aus Rom. Rom, 17. Juli."

(A. Z.)

Schweiz.

Die „Deutsche Zeitung" schreibt: Von allen Seiten hört man die besonderen Punkte hervorheben, auf deren Erledigung es zunächst und je nach den Umständen weiter ankommt. Indem wir sie hier aufzählen, geben wir nichts Eigenes, sondern machen nur — so weit der Kreis unserer Beobachtung reicht — die treuen Protokollisten der öffentlichen Meinung oder fassen Das zusammen, was zerstreut am eidgenössischen Schützenfeste bei Glarus ausgesprochen wurde. Hiernach vereinigen sich in Folgendem alle Wünsche und Forderungen:

1) Keinerlei Vermischung der Sonderbundsfrage mit Jesuitensache, Bundesrevision oder gar mit der abgethanen Klostersache. Vereinigung aller moralischen und im Nothfalle materiellen Kraft für Auflösung des Sonderbundes. Damit wird die Jesuitenfrage zum Theil von selbst erledigt und eine zeitgemäße Bundesrevision wenigstens angebahnt.

2) Kurzer Termin für die betheiligten Kantone zur Erklärung der Auflösung ihres Sonderbunds und der damit zusammenhängenden Auflösung des sonderbündischen Kriegsraths, so wie zur Einstellung ihrer die Ordnung und Ruhe der Schweiz gefährdenden Kriegsrüstungen.

3) Manifest der Tagsatzung an Volk und Regierungen der Sonderbundskantone in einfacher, gemeinfaßlicher Sprache, aber zugleich zur Rechtfertigung ihrer Schritte vor den Völkern und Regierungen Europa's und zur Beseitigung der noch allzu zahlreich über die Schweiz verbreiteten und selbst bis in das befreundete Großbritanien gedrungenen Vorurtheile. Strenge Scheidung der Irregeführten von den wenigen Verführern, die vor der schweizerischen Bevölkerung und vor dem eigenen Volke als persönlich verantwortlich zu erklären wären für das Blutvergießen und die Zerstörung, die aus ihrem bundesbrüchigen Widerstande gegen einen verfassungsmäßigen Tagsatzungsbeschluß entspringen könnten. Hinweisung auf die von den hartnäckig bleibenden Kantonen zu zahlenden Kriegskosten und andere zu tragende Lasten. Hatte man die der Religion und zumal dem Katholizismus drohenden Gefahren zum Hebelpunkte für die Erweckung des Fanatismus gemacht, so würde nun der grelle Widerspruch einer eidbrüchigen feindseligen Absonderung mit der Religion der Liebe und Eintracht hervorzuheben seyn. Die Schweizer, zumal die Bewohner der Urkantone, setzen so gern den republikanischen Trotz dem Trotz entgegen. Aber kein Volk ist zugleich empfänglicher als sie für das in Milde gesprochene ernste Wort der Versöhnung. Zur Verbreitung eines solchen Manifestes bis in die Thäler von Uri und Wallis gibt es trotz aller Gegenmaßregeln der Gewalthaber Mittel genug. Gleichzeitig sieht man in den Kantonen des Sonderbundes, so weit es der dort herrschende Terrorismus erlaubt, einer gesetzmäßigen Manifestation der eidgenössisch Gesinnten in Adressen an ihre Regierungen, in Zuschriften an ihre Mitbürger entgegen.

4) Unverzügliche Instruktionseinholung von Seite der Gesandten derjenigen Kantone, die bis jetzt nicht ausdrücklich für eventuelle Anwendung der Waffengewalt gestimmt haben. Im Hinblick darauf, daß noch einmal von der Bundesbehörde die Hand zum Frieden geboten werden soll, und daß sich, würde diese Hand von den Häuptern des Sonderbundes zurückgestoßen, an die Vollziehung des Auflösungsbeschlusses die Ehre und ganze politische Bedeutung der Schweiz knüpft — würden gewiß die Großräthe der betreffenden Kantone zur Vermeidung der aus feiger Säumniß stets entspringenden größten Gefahren und schwersten Uebel nicht mehr zögern, die Bundesbehörde mit allen für Erhaltung ihrer Autorität erforderlichen Mitteln auszurüsten.

5) Alle diese vorbereitenden Maßregeln sind für die Gesandten der 12 Kantone und 2 Halbkantone nur die zunächst liegenden Konsequenzen ihres eigenen Beschlusses. Darum erwartet man, daß sie sofort beschlossen und vollzogen werden; denn viel kommt auf schnelles Handeln und darauf an, daß man die erhöhte Volksstimmung und den guten eidgenössischen Geist, der jetzt von Glarus aus alle Kantone durchdringt, zu beachten und im Interesse des Vaterlands zu benutzen wisse. Wohl läßt sich dann erwarten, daß die Führer der unschweizerischen Faktion ihren Widerstand nicht auf die Spitze treiben, sondern den Sonderbund für aufgelöst erklären werden. In diesem Falle bedürfte es wohl so lange keiner weiteren Maßregeln, als nicht die Symptome eines heimlich fortbestehenden Sonderbundes zu Tage träten. Damit wäre die Faction moralisch vernichtet, und man könnte es dem enttäuschten Volke in den Kantonen des Sonderbundes selbst überlassen, ihre Häupter dafür zur Rechenschaft zu ziehen, daß sie durch widerrechtlich hartnäckige Behauptung einer unhaltbaren Stellung die Schweiz und Europa in Unruhe und Gefahr gestürzt.

6) Sollte die Faktion dennoch widerstehen wollen, so würde wohl zur ungesäumten Besetzung von Luzern und nur von Luzern geschritten werden. Selbst die Okkupation des im Wege liegenden Kantons Zug dürfte man nur so weit für nöthig erachten, als zur Sicherung der militärischen Operationen erforderlich ist. Die Besetzung Luzerns würde mit so überwiegender Macht unternommen, daß jede etwa versuchte Gegenwehr von vornherein als Thorheit erschiene. Dieser Zweck wäre leicht zu erreichen durch Verwendung eines Theils des Berner Kontingents; sodann durch Aufgebot und Versammlung der Kontingente von Zürich, Aargau, Solothurn und Baselland, von Schaffhausen, Thurgau und Glarus hauptsächlich an dem Punkte und auf der Seite der Stadt Luzern, von wo der Marsch dahin am kürzesten ist und die wenigsten Vertheidigungsanstalten getroffen sind. Den andern nicht sonderbündischen Kantonen bliebe theils die Vollziehung der untergeordneten Operationen, theils die Gränzhut überlassen. Der eidgenössische Kriegsfonds ist reich genug ausgestattet; man könnte auf keine bessere Weise einen Theil seiner Kapitalien flüssig machen und unter das Volk bringen, als durch dauernde Bewältigung des in der Schweiz noch herrschenden Zwiespalts.

7) Gegen das von den andern Sonderbundskantonen abgesondert liegende Freiburg würde vorläufig die Aufstellung eines nicht sehr zahlreichen Beobachtungskorps genügen. Man könnte es einstweilen der eidgenössischen Partei in diesem Kanton selbst überlassen, ihre Regierung auf die Gefahren eines bundeswidrig fortgesetzten Widerstands aufmerksam zu machen. Ist erst wieder Luzern, das Haupt des Sonderbunds, dem eidgenössischen Gesetz unterworfen, so hat die Beschlußvollstreckung gegen Freiburg nur geringe Schwierigkeit.

8) Vielleicht wird man die baldige Besetzung von St. Moritz durch eidgenössische (waadtländische) Truppen für zweckmäßig halten. Dieser das Wallis abschließende und vertheidigende Ort, der im allgemein schweizerischen Interesse zur Befestigung ausersehen ist, hat auch eine allgemein schweizerische Bedeutung. Seine Okkupation gäbe zugleich der eidgenössisch gesinnten Partei im Wallis einen neuen Anhaltpunkt.

9) Eine Invasion in die Urkantone scheint durchaus unnöthig und wäre zugleich ein politischer und militärischer Fehler. Die Bevölkerung dieser Kantone ist sichtbar von der jetzt noch in Luzern herrschenden Faktion mißleitet, daß es Pflicht ist, es mit ihnen noch längere Zeit auf dem Wege friedlicher Verständigung zu versuchen. Man zeige ihnen thatsächlich, daß auch nach der Unterwerfung Luzerns unter das eidgenössische Recht und nach der allfälligen Entfernung der Jesuiten aus diesem vorörtlichen Kantone der katholischen Religion keine Gefahr droht, so wird bald wieder das nur augenblicklich verblendete Kernvolk der Urkantone zu den treuesten und tüchtigsten Eidgenossen gehören.

Waadt. Eine Extrabeilage des „Nouvelliste" meldet mit großen Lettern, daß die sämmtlichen Sectionen der patriotischen Association einberufen seyen, um ein neues Centralcomite zu ernennen.

Bern, vom 25. Juli. Gestern Abend nach 10 Uhr wurde von einer zahlreichen Versammlung hiesiger Liberalen dem Hrn. Bundespräsidenten Ochsenbein ein Ständchen vor seiner Privatwohnung gebracht.

Der Gesandte Preußens, Hr. von Sydow, hat am 25. in einer Privataudienz seine Creditive dem Bundespräsidenten übergeben.

Die N. Z. Z. vom 26. Juli enthält eine lange Zuschrift, um zu beweisen, daß das östreichische Kabinet beim Ausbruch des Bürgerkriegs nur vermittelnd thätig seyn werde.

Amerika.

Ein Einlauf in Havre bringt Nachrichten aus Neu-York vom 2. Juli. Unverbürgte Gerüchte, die in Washington umliefen, sagten, daß Mexiko Friedensanträge gemacht. Die Präsidentenwahlen in Mexiko waren noch nicht beendet.

Seine Majestät der König haben aus Anlaß der in mehrern Gegenden, besonders der westlichen Provinzen Eingang gefundenen Lust zur Auswanderung nach fremden Welttheilen die Dismembration verschiedener in den nächsten Jahren pachtlos werdender Domainen in den Provinzen Preußen, Posen und Hinterpommern anzuordnen geruht. Die Grundstücke dieser Domainen sollen hierbei in bäuerliche Etablissements von 60 bis 90 Morgen zerlegt und demnächst an solide und hinlänglich bemittelte Kolonisten aus solchen Gegenden, in welchen sich die Lust der Auswanderung regt, in Erbpacht überlassen werden, um denselben eine angemessene Gelegenheit zu gewähren, sich im Inlande anzusiedeln.

Der Unterzeichnete, von dem Wunsche geleitet, diesen für die Auswanderungslustigen, so wie für die Wohlfahrt des Landes so nützlichen Plan, so viel in seinen geringen Kräften liegt, mit zu fördern, hat von Seiten Seiner Excellenz, des Wirklichen Geheimen Staats-Ministers, Herrn Grafen zu Stolberg-Wernigerode, das Kommissariat für den Regierungsbezirk Düsseldorf übernommen, um die Dismembrations-Pläne und Bedingungen dem betheiligten Publikum vorzulegen. Derselbe ist gerne bereit, denjenigen Auswanderungslustigen besagten Regierungsbezirks, welche sich durch Zeugnisse ihrer Kreis- oder Orts-Behörde als tüchtige, zuverlässige, mit der Landwirthschaft vertraute und den zur Bebauung und wirthschaftlichen Einrichtung nöthigen Geldmitteln versehene Landleute ausweisen können, möglichst genaue Auskunft schriftlich oder mündlich zu ertheilen.

Viersen, den 30. Juli 1847.

Friedrich Diergardt.

Fruchtpreise auf dem Markte zu Düsseldorf

am 31. Juli 1847.

Roggen . . 2 Thlr. 17 Sgr.

Brodtaxe.

Ein Schwarzbrod, 7 Pfund schwer . . . 6 Sgr. 2 Pf. einschließlich 6 Pf. Mahlsteuer.

Düsseldorf, den 31. Juli 1847.

Der Oberbürgermeister v. Fuchsius.

Fruchtpreise zu Neuß,

am 30. Juli 1847.

per Berliner Scheffel	Rthl.	Sgr.	Pf.	per Berliner Scheffel	Rthl.	Sgr.	Pf.
Weizen	4	20	—	Rübsamen	4	3	—
Roggen (alter). . .	—	—	—	Kartoffeln	—	25	—
Roggen (neuer) . . .	2	15	—	Heu pr. Ctr. à 110 ℔	1	7	—
Wintergerste . . .	1	23	—	Stroh pr. Sch. à 1200 ℔	6	15	—
Sommergerste . . .	1	23	—	Rüböl pr. O. 282 ℔ o. F.	33	—	—
Buchweizen	2	8	—	„ „ Mai . . .	—	—	—
Hafer	1	22	—	„ „ Oktober .	34	—	—
Erbsen	2	15	—				

Ein Schwarzbrod von 13 Pfd. 10 Sgr. — Pf.

Anzeigen.

Auf Ansuchen der Frau Appellationsräthin Haugh zu Köln und deren Schwester Fräulein Gertrud Bayer soll

am Montag den 23. August d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

bei dem Weinwirthe Hrn. Bock am Burgplatze das zu Düsseldorf auf der Neustraße gelegene, mit Nr. 620 bezeichnete, an Mastow und Griebel angränzende, gegenwärtig von dem Schlossermeister Kopetzky bewohnte Haus öffentlich zum Verkaufe ausgestellt werden.

Die Kaufbedingungen sind bei dem Unterzeichneten zu erfragen.

Hagdorn, Notar.

Unterricht im Malen und Zeichnen ertheilt
L. Rausch, Maler,
Grabenstraße Nr. 791.

Haus- und Schlafröcke
zu 2 Thlr. und höher, gewebte Unterhosen zu 20 Sgr., lederne zu 2 Thlr., ferner dänische Damenhandschuhe, das Paar zu 5 Sgr., Glace in allen Farben zu 8 Sgr., für Herren zu 10 Sgr., für Kinder 5 Sgr. bei
W. Lindemann, Flingerstraße.

Neue Musikalien.

Bei G. H. Beyer u. Comp. in Düsseldorf ist zu haben:

F. A. Baumeister, Oeuvre 4., la gracieuse, Walzer für Pianoforte. Preis 15 Sgr.
Strauß, Patrioten-Marsch für Pianoforte. Preis 5 Sgr.
Gungl, Ungarischer Zigeuner-Marsch für Pianoforte. Preis 5 Sgr.
J. Niecks, Rhein.-Westph. Schützen-Marsch für Pianoforte. Preis 5 Sgr.
H. Bender, Festmarsch für Pianoforte. Preis 7½ Sgr.
— — Gratulations-Polka für Pianoforte. Preis 5 Sgr.
— — Frühlings-Polka für Pianoforte. Preis 5 Sgr.

Geschäfts-Eröffnung

Die Eröffnung meiner Gastwirthschaft und Restauration beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Düsseldorf den 1. August 1847.

J. A. Sultenfuß,
Rheinströchen zum neuen Anker.

Motto: Lasset den Bart wachsen,
Zerreißet das Kleid. —
Ktesippus.

Sie ist fort, fort von hier, die Arme, Verlassene, Betrogene. — Vorspiegelungen zukünftiger Größe zur Erlangung verwerflicher Zwecke, — im Hinterhalt List, Tücke und Trug, sind ihre Erfahrungen.

Doch diese Falle hat nicht gefangen, aber aufgestellt bleibt dieselbe, und sie wird ihren Köder nicht eher verschließen, bis der Verführer denselben leidenschaftlich gekostet.

Fort aber auch mit ihm, dem Punier, dem verstockten, verworfenen Burschen; fort, eile er in die ihm bekannte Fremdenlegion, schiffe er gen Arabien und danke er dann einstens sterbend dem siegenden Gabylen für seine Auflösung.

Werden, den 29. Juli 1847.

Spazierstöcke,
sowie von den so modernen
Stahluhrketten
empfiehlt W. Jengerly, Drechsler, Neustraße.

Das am Jägerhof gelegene Haus Nr. 121, neben Rönh, mit Garten, Stallung, Remise, aus 14 Theilen bestehend, steht ganz oder theilweise zu vermiethen und gleich zu beziehen.

Näheres im Nebenhause bei Herrn Rönh oder beim Eigenthümer, Berger-Allee Nr. 1333.

Knochenmehl zum Düngen
ist in verschiedenen Sorten billig zu haben bei G. J. Hecking, in Wald, bei Solingen.

---

200 Mann
Erdarbeiter werden am Nordkanal bei Neuß gesucht. Sich zu melden zu Neuwerk.

Vorzüglich gutes Malz ist billig zu haben bei Jos. Dübbers, Mühlenstraße.

---

[324] Der Turn-Verein für Erwachsene zu Düsseldorf sucht für den Winter ein geräumiges Lokal (Saal, ein in gutem Zustande befindliches Lagerhaus), das sich zu Turnübungen eignet.

Darauf Reflektirende wollen ihre Offerten an die Exped. d. Bl. richten.

In der Bahnstraße, ganz in der Nähe des Gasthofs „zum Prinzen von Preußen", ist eine sehr freundliche Wohnung von 5—6 Zimmern (mit Nordlicht) an eine stille Familie billig zu vermiethen. Näheres Matzingerstraße Nr. 86.

Benrather- und Breitestraße-Ecke Nr. 848 ist die erste Etage zu vermiethen und bis 1. August zu beziehen.

Hiebei eine Beilage.

Redacteur: L. Stahl.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buchdruckerei.